

1978

Ausgegeben zu Bonn am 11. April 1978

Nr. 19

Tag	Inhalt	Seite
6. 4. 78	Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Oktober 1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über den Zivilen Luftverkehr	373
31. 3. 78	Verordnung über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen am Grenzübergang Gerstheim/Ottenheim	381
31. 3. 78	Verordnung zur Inkraftsetzung der Vereinbarung vom 15./21. Februar 1978 zur Änderung der Anlage des Vertrages vom 30. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr	384
16. 3. 78	Bekanntmachung über die Änderung der Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte	389
24. 3. 78	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	395

Gesetz
zu dem Abkommen vom 31. Oktober 1975
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik China
über den Zivilen Luftverkehr

Vom 6. April 1978

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Peking am 31. Oktober 1975 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über den Zivilen Luftverkehr wird

zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 6. April 1978

Der Bundespräsident
Scheel

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

Der Bundesminister für Verkehr
K. Gscheidle

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik China
über den Zivilen Luftverkehr**

**Civil Air Transport Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the People's Republic of China**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik China

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the People's Republic of China,

— zur Erleichterung der zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland und Chinas bestehenden freundschaftlichen Kontakte und zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf dem Gebiet des Luftverkehrs, im Einklang mit den Grundsätzen der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens sowie der freundschaftlichen Zusammenarbeit —

with a view to facilitating the friendly contacts between the peoples of the Federal Republic of Germany and China and developing the mutual relations between the two countries in respect of air transportation, in accordance with the principles of mutual respect for independence and sovereignty, non-interference in each other's internal affairs, equality and mutual benefit as well as friendly co-operation,

sind über die Einrichtung und den Betrieb eines planmäßigen Fluglinienverkehrs zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus wie folgt übereingekommen:

have agreed on the establishment and operation of scheduled air services between and beyond their respective territories as follows:

Artikel 1

Article 1

(1) Jede Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei das Recht zum Betrieb eines planmäßigen Fluglinienverkehrs (im folgenden als „vereinbarter Fluglinienverkehr“ bezeichnet) auf der von den beiden Vertragsparteien zu vereinbarenden und durch diplomatischen Notenwechsel bestätigten Linie (diese Linie und die diplomatischen Noten werden im folgenden als „festgelegte Linie“ und „Notenwechsel über den Fluglinienplan“ bezeichnet).

1. Each Contracting Party grants to the other Contracting Party the right to operate scheduled air services (hereinafter referred to as "the agreed services") on the route to be agreed upon and confirmed by an exchange of diplomatic notes between the two Contracting Parties (the route and the diplomatic notes shall hereinafter be respectively referred to as "the specified route" and "the Exchange of Notes on Route Schedule").

(2) Vorbehaltlich dieses Abkommens sind Luftfahrzeuge des durch jede Vertragspartei bezeichneten, den vereinbarten Fluglinienverkehr auf der festgelegten Linie

2. Subject to the provisions of the present Agreement, aircraft of the airline designated by each Contracting Party (hereinafter referred to as "the designated airline")

betreibenden Luftverkehrsunternehmens (im folgenden „bezeichnetes Unternehmen“ genannt) berechtigt, an dem Punkt auf der festgelegten Linie im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu landen, um im Rahmen des internationalen Verkehrs Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post aus oder nach dem Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei sowie von oder nach Zwischenlandepunkten zwischen den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien abzusetzen und aufzunehmen.

(3) Jede Vertragspartei notifiziert der anderen Vertragspartei spätestens sechzig Tage im voraus den Zeitpunkt der Aufnahme des Betriebs des vereinbarten Fluglinienverkehrs durch ihr bezeichnetes Unternehmen.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei kann ein Luftverkehrsunternehmen zur Durchführung des vereinbarten Fluglinienverkehrs auf der im Notenwechsel über den Fluglinienplan festgelegten Linie bezeichnen; diese Bezeichnung wird der anderen Vertragspartei auf diplomatischem Wege notifiziert.

(2) Der wesentliche Teil des Eigentums an dem durch jede Vertragspartei bezeichneten Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle sollen bei dieser Vertragspartei oder bei deren Staatsangehörigen verbleiben.

(3) Nach Eingang einer solchen Notifikation erteilt die andere Vertragspartei vorbehaltlich des Absatzes 2 dieses Artikels dem bezeichneten Unternehmen der ersten Vertragspartei unverzüglich die entsprechende Betriebsgenehmigung.

(4) Das nach den Absätzen 1, 2 und 3 dieses Artikels bezeichnete und ermächtigte Unternehmen kann den Betrieb des vereinbarten Fluglinienverkehrs aufnehmen, sofern für diesen nach Artikel 8 dieses Abkommens festgesetzte Tarife in Kraft sind.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei ist berechtigt, die dem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei bereits erteilte Betriebsgenehmigung zu widerrufen oder die Ausübung der in Artikel 1 dieses Abkommens genannten Rechte durch das betreffende Unternehmen auszusetzen oder den von ihr für erforderlich gehaltenen Auflagen zu unterwerfen,

- a) wenn sie nicht der Überzeugung ist, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat, oder deren Staatsangehörigen zustehen;
- b) wenn dieses Unternehmen die Gesetze oder sonstigen Vorschriften der ersten Vertragspartei nicht befolgt oder
- c) wenn das Unternehmen auf andere Weise seinen Betrieb nicht nach Maßgabe dieses Abkommens durchführt.

(2) Sofern ein Widerruf, eine Aussetzung oder Auflagen nach Absatz 1 dieses Artikels nicht unverzüglich zur Verhinderung weiterer Verstöße gegen Gesetze und sonstige Vorschriften erforderlich sind, wird dieses Recht nur nach Konsultation mit der anderen Vertragspartei ausgeübt.

Artikel 4

Die Gesetze und sonstigen Vorschriften einer Vertragspartei über den Einflug oder Ausflug der in der internationalen Luftfahrt verwendeten Luftfahrzeuge nach oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Aufenthalt und Betrieb dieser Luftfahrzeuge innerhalb ihres Hoheitsgebiets und die Gesetze und sonstigen Vor-

operating on the agreed services over the specified route shall have the right to make stops at the point on the specified route in the territory of the other Contracting Party for the purpose of putting down or taking on international traffic in passengers, baggage, cargo and mail coming from or destined for the territory of the first Contracting Party as well as that coming from or destined for the intermediate points between the territories of the two Contracting Parties.

3. Each Contracting Party shall notify the other Contracting Party not later than sixty days in advance of the date of the commencement of operation of the agreed services by its designated airline.

Article 2

1. Each Contracting Party shall have the right to designate one airline to operate the agreed services on the route specified by the Exchange of Notes on Route Schedule and shall notify the other Contracting Party of such designation through diplomatic channel.

2. The substantial ownership and effective control of the airline designated by each Contracting Party shall remain vested in such Contracting Party or its citizens.

3. On receipt of such notification, the other Contracting Party shall, subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, grant without delay to the designated airline of the first Contracting Party the appropriate operating permission.

4. The airline designated and authorized in accordance with the provisions of paragraphs 1, 2 and 3 of this Article may begin to operate the agreed services provided that tariffs established in accordance with the provisions of Article 8 of the present Agreement are in force in respect of those services.

Article 3

1. Each Contracting Party shall have the right to revoke the operating permission already granted to the designated airline of the other Contracting Party, or to suspend the exercise of the rights specified in Article 1 of the present Agreement by the said airline, or to impose such conditions as it may deem necessary on the exercise of these rights, in case:

- a) where it is not satisfied that the substantial ownership and effective control of that airline are vested in the Contracting Party designating the airline or its citizens; or
- b) where that airline fails to comply with the laws or regulations of the first Contracting Party; or
- c) where that airline otherwise fails to operate in accordance with the conditions prescribed under the present Agreement.

2. Unless immediate revocation, suspension or imposition of the conditions mentioned in paragraph 1 of this Article is essential to prevent further infringements of laws and regulations, such right shall be exercised only after consultation with the other Contracting Party.

Article 4

The laws and regulations of either Contracting Party relating to the admission to, stay in, departure from and operation in its territory of aircraft engaged in the operation of international air services as well as the laws and regulations relating to the admission to, stay in and departure from its territory of passengers, crew, baggage,

schriften über den Einflug und Ausflug von Fluggästen, Besatzungen, Gepäck, Fracht und Post nach oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über deren Aufenthalt innerhalb ihres Hoheitsgebiets finden auf die Luftfahrzeuge des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei, Besatzungen, Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post, die von diesen Luftfahrzeugen befördert werden, Anwendung, solange sie sich im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei befinden. Jede Vertragspartei übermittelt der anderen Vertragspartei rechtzeitig einschlägige Informationen über die obengenannten Gesetze und sonstigen Vorschriften.

Artikel 5

(1) Die von dem bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei im vereinbarten Fluglinienverkehr betriebenen Luftfahrzeuge sowie die üblichen Ausrüstungsgegenstände, Ersatzteile, Treibstoffe, Schmieröle und Bordvorräte (einschließlich Lebensmittel, Getränke und Tabak) an Bord eines solchen Luftfahrzeugs bleiben frei von Zöllen, Untersuchungsgebühren und ähnlichen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben bei Ankunft auf oder Abreise von dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, sofern diese Ausrüstungsgegenstände und Vorräte bis zu ihrer Wiederausfuhr oder ihrer Verwendung während des Fluges über dem Hoheitsgebiet an Bord des Luftfahrzeugs verbleiben.

(2) Ebenfalls frei von Zöllen, Untersuchungsgebühren oder ähnlichen Abgaben mit Ausnahme von Abgaben für erbrachte Dienstleistungen sind

- a) Bordvorräte, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei im Rahmen der von den Behörden dieser Vertragspartei gesetzten Grenzen an Bord genommen werden und zur Verwendung an Bord des ausgehenden Luftfahrzeugs bestimmt sind, das im vereinbarten Fluglinienverkehr des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei eingesetzt ist;
- b) Ersatzteile, übliche Ausrüstungsgegenstände und Vorräte für das Luftfahrzeug, die zur Verwendung im Betrieb des vereinbarten Fluglinienverkehrs durch das bezeichnete Unternehmen der anderen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei vorübergehend verbracht werden;
- c) Treibstoffe und Schmieröle, die für die Versorgung des ausgehenden, im vereinbarten Fluglinienverkehr durch das bezeichnete Unternehmen der anderen Vertragspartei betriebenen Luftfahrzeugs bestimmt sind, auch wenn diese Vorräte während des Fluges über dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie an Bord genommen werden, verwendet werden sollen.

(3) Die übliche Bordausrüstung sowie Materialien und Vorräte, die sich an Bord des Luftfahrzeugs des bezeichneten Unternehmens einer Vertragspartei befinden, wie auch diejenigen, die vorübergehend in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verbracht werden, dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur mit Genehmigung der Zollbehörden der anderen Vertragspartei entladen werden. In einem solchen Fall werden sie der Aufsicht der genannten Behörden unterstellt; sie dürfen bis zu ihrer Wiederausfuhr oder bis im Einklang mit den Zollbestimmungen in anderer Weise über sie verfügt wird, in dem genannten Hoheitsgebiet nicht verkauft oder für andere Zwecke verwendet werden.

Artikel 6

(1) Jede Vertragspartei bezeichnet den regulären Flughafen und den Ausweichflughafen in ihrem Hoheitsgebiet, die von dem bezeichneten Unternehmen der anderen

cargo and mail shall be applicable to the aircraft of the airline designated by the other Contracting Party, its crew as well as the passengers, baggage, cargo and mail carried by such aircraft, while in the territory of the first Contracting Party. Each Contracting Party shall supply the other Contracting Party information relevant to the above-mentioned laws and regulations in time.

Article 5

1. Aircraft operated on the agreed services by the designated airline of either Contracting Party, as well as the regular equipment, spare parts, supplies of fuel and lubricants and aircraft stores (including food, beverages and tobacco) retained on board such aircraft shall be exempt from all customs duties applicable to the importation, exportation or transit of goods, inspection fees and other similar charges on arrival in and departure from the territory of the other Contracting Party, provided that such equipment and supplies remain on board the aircraft up to such time as they are re-exported or are used on the part of the journey performed over that territory.

2. There shall also be exempt from customs duties, inspection fees or similar charges, with the exception of charges corresponding to the service performed:

- a) aircraft stores taken on board in the territory of either Contracting Party within limits fixed by the authorities of the said Contracting Party, and for use on board outbound aircraft engaged in the agreed services operated by the designated airline of the other Contracting Party;
- b) aircraft spare parts, regular equipment and stores temporarily brought into the territory of either Contracting Party for use in the operation of the agreed services by the designated airline of the other Contracting Party;
- c) fuel and lubricants destined to supply outbound aircraft operated on the agreed services by the designated airline of the other Contracting Party, even when these supplies are to be used on the part of the journey performed over the territory of the Contracting Party in which they are taken on board.

3. The regular airborne equipment, as well as the materials and supplies retained on board the aircraft of the designated airline of either Contracting Party as well as those temporarily brought into the territory of the other Contracting Party may be unloaded in the territory of the other Contracting Party only with the approval of the customs authorities of the other Contracting Party. In such case, they shall be placed under the supervision of the said authorities and shall not be sold or used for other purposes in the above territory until such time as they are re-exported or otherwise disposed of in accordance with customs regulations.

Article 6

1. Each Contracting Party shall designate in its territory regular airport and alternate airport to be used by the designated airline of the other Contracting Party for

Vertragspartei für den Betrieb der festgelegten Linie zu benutzen sind, und stellt der letzteren die für den Betrieb des vereinbarten Fluglinienverkehrs erforderlichen Fernmelde-, Navigations-, meteorologischen und sonstigen Hilfsdienste zur Verfügung. Einzelabmachungen hierfür werden zwischen den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien getroffen. (Im Sinne dieses Abkommens bedeuten „Luftfahrtbehörden“ in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland, der Bundesminister für Verkehr und in bezug auf China die Chinesische Hauptverwaltung für Zivilluftfahrt.)

(2) Dem bezeichneten Unternehmen einer Vertragspartei werden für die Benutzung des Flughafens (der Flughäfen), der Ausrüstung, technischen Dienste und Luftnavigationsanlagen der anderen Vertragspartei die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei vorgeschriebenen Gebühren in gerechter und angemessener Höhe auferlegt. Diese Gebühren dürfen nicht höher sein als die üblicherweise von Luftverkehrsunternehmen anderer Staaten gezahlten Gebühren.

Artikel 7

(1) Den bezeichneten Unternehmen beider Vertragsparteien wird in billiger und gerechter Weise Gelegenheit gegeben, den vereinbarten Fluglinienverkehr auf den festgelegten Linien zu betreiben.

(2) Bei dem Betrieb des vereinbarten Fluglinienverkehrs berücksichtigt das bezeichnete Unternehmen jeder Vertragspartei die Interessen des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei, damit der Linienverkehr, den das letztgenannte Unternehmen ganz oder teilweise auf der gleichen Linie durchführt, nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Angelegenheiten des Betriebes der festgelegten Linien, wie Verkehrshäufigkeit, Typ des Luftfahrzeugs, Flugplan, Verkaufsvertretung und Bodenabfertigung werden im Wege der Erörterung zwischen den bezeichneten Unternehmen der beiden Vertragsparteien vereinbart. Die Verkehrshäufigkeit, Typen der Luftfahrzeuge und der Flugplan, die auf diese Weise vereinbart werden, bedürfen der Genehmigung der betreffenden Luftfahrtbehörden.

(4) Der von den bezeichneten Unternehmen beider Vertragsparteien vorgesehene Fluglinienverkehr muß den derzeitigen und den voraussichtlichen Anforderungen an die Beförderung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Post aus dem oder in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei entsprechen, die das Unternehmen bezeichnet hat. Das Beförderungsangebot für Fluggäste, Gepäck, Fracht und Post, die an Punkten auf den festgelegten Linien in den Hoheitsgebieten dritter Staaten aufgenommen oder abgesetzt werden, wird nach dem allgemeinen Grundsatz bereitgestellt, daß es angepaßt ist

- a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat;
- b) an die Verkehrsnachfrage in dem Gebiet, durch das der vereinbarte Fluglinienverkehr erfolgt, unter Berücksichtigung des sonstigen Linienverkehrs, der von Luftverkehrsunternehmen anderer in dem Gebiet liegender Staaten betrieben wird, und
- c) an die Erfordernisse des Betriebs von Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

Artikel 8

(1) In den folgenden Absätzen bedeutet der Ausdruck „Tarif“ die für die Beförderung von Fluggästen, Gepäck und Fracht zu entrichtenden Preise und die Bedingungen, unter denen diese Preise Anwendung finden, einschließ-

the operation of the specified route, and provide the latter with communications, navigational, meteorological and other auxiliary services in its territory as are required for the operation of the agreed services. Detailed arrangements for the above shall be agreed upon between the Aeronautical Authorities of both Contracting Parties. (For the purpose of the present Agreement, the term "Aeronautical Authorities" means, in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Transport, and in the case of China, the General Administration of Civil Aviation of China.)

2. The designated airline of one Contracting Party shall be charged for the use of airport(s), equipment, technical services and air navigational facilities of the other Contracting Party at fair and reasonable rates prescribed by the appropriate authorities of the other Contracting Party. Such rates shall not be higher than those normally paid by airlines of other States.

Article 7

1. The designated airlines of both Contracting Parties shall have fair and equal opportunities in operating the agreed services on the specified routes.

2. In operating the agreed services, the designated airline of each Contracting Party shall take into account the interests of the designated airline of the other Contracting Party, so as not to affect unduly the services which the latter provides on the whole or part of the same route.

3. Matters relating to the operation of the specified routes such as frequency, type of aircraft, timetable, sales representation and ground handling shall be agreed upon through discussion between the designated airlines of both Contracting Parties. Frequencies, types of aircraft as well as timetables so agreed shall be subject to the approval of their respective Aeronautical Authorities.

4. The agreed services provided by the designated airlines of both Contracting Parties shall satisfy the current and anticipated requirements for the carriage of passengers, baggage, cargo and mail coming from or destined for the territory of the Contracting Party which has designated the airline. Provision for the carriage of passengers, baggage, cargo and mail both taken up and put down at points on the specified routes in the territories of third countries shall be made in accordance with the general principle that capacity shall be related to:

- a) traffic requirements to and from the territory of the Contracting Party which has designated the airline;
- b) traffic requirements of the area through which the agreed services pass, after taking account of other air services established by airlines of other States comprising the area; and
- c) the requirements of through airline operation.

Article 8

1. In the following paragraphs, the term "tariff" means the prices to be paid for the carriage of passengers, baggage and cargo and the conditions under which those prices apply, including prices and conditions for

lich der Preise und Bedingungen für Agentur- und sonstige Hilfsdienste, jedoch ausschließlich des Entgelts oder der Bedingungen für die Beförderung von Post.

(2) Die auf den festgelegten Linien zwischen dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei und dem der anderen Vertragspartei anzuwendenden Tarife werden zwischen den bezeichneten Unternehmen beider Vertragsparteien vereinbart. Diese Tarife werden in einer angemessenen Höhe festgesetzt, wobei alle einschlägigen Faktoren einschließlich der Betriebskosten, eines angemessenen Gewinns und der Tarife anderer Unternehmen gebührend zu beachten sind.

(3) Die so vereinbarten Tarife werden den betreffenden Luftfahrtbehörden mindestens sechs Tage vor dem vorgeschlagenen Datum ihrer Einführung zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitabschnitt kann in besonderen Fällen vorbehaltlich des Einverständnisses dieser Behörde verkürzt werden.

(4) Kann ein Tarif nicht nach Absatz 2 dieses Artikels vereinbart werden oder teilen die Luftfahrtbehörden einer Vertragspartei den Luftfahrtbehörden der anderen Vertragspartei während des Zeitabschnitts nach Absatz 3 dieses Artikels mit, daß sie mit einem nach Absatz 2 dieses Artikels vereinbarten Tarif nicht einverstanden sind, so bemühen sich die Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien, den Tarif im beiderseitigen Einvernehmen festzusetzen.

(5) Können sich die Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien nicht auf einen ihnen nach Absatz 3 dieses Artikels vorgelegten Tarif oder auf die Festsetzung eines Tarifs nach Absatz 4 dieses Artikels einigen, so wird die Meinungsverschiedenheit nach Artikel 13 dieses Abkommens beigelegt.

(6) Ein nach diesem Artikel festgesetzter Tarif bleibt bis zur Festsetzung eines neuen Tarifs in Kraft.

(7) Die auf der festgelegten Linie zwischen einer Vertragspartei und dritten Staaten anzuwendenden Tarife sind die von dieser Vertragspartei und der Regierung des betreffenden dritten Staates genehmigten Tarife.

Artikel 9

Die aus der Beförderung im internationalen Verkehr durch das bezeichnete Unternehmen jeder Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erzielten Einnahmen dürfen mit Genehmigung der anderen Vertragspartei zum amtlichen Wechselkurs transferiert werden.

Wird der Zahlungsverkehr zwischen den Vertragsparteien durch besondere Übereinkunft geregelt, so gelten deren Bestimmungen.

Artikel 10

(1) Das bezeichnete Unternehmen jeder Vertragspartei ist berechtigt, für den Betrieb der festgelegten Linie sein Vertretungsbüro am Ankunftsort auf der festgelegten Linie im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu errichten. Das Personal dieses Vertretungsbüros bedarf der Genehmigung der anderen Vertragspartei; der Umfang des Personals wird im Wege der Erörterung zwischen den bezeichneten Unternehmen beider Vertragsparteien vereinbart und bedarf der Genehmigung der Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien. Das Personal dieses Vertretungsbüros muß die geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften des Staates befolgen, in dem dieses Büro liegt.

(2) Jede Vertragspartei gewährt dem Vertretungsbüro und den Mitgliedern des Personals des bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Hilfe und Erleichterung und trägt für ihre Sicherheit Sorge.

agency and other auxiliary services, but excluding remuneration or conditions for the carriage of mail.

2. The tariffs to be applied on the specified routes between the territory of one Contracting Party and that of the other Contracting Party shall be agreed upon between the designated airlines of both Contracting Parties. Such tariffs shall be established at reasonable levels, due regard being paid to all relevant factors, including cost of operation, reasonable profit and the tariffs of other airlines.

3. The tariffs so agreed shall be submitted for the approval of the respective Aeronautical Authorities at least sixty days before the proposed date of their introduction. In special cases, this period may be reduced, subject to the agreement of the said Authorities.

4. If a tariff cannot be agreed in accordance with paragraph 2 of this Article, or if, during the period applicable in accordance with paragraph 3 of this Article, the Aeronautical Authorities of one Contracting Party give the Aeronautical Authorities of the other Contracting Party notice of their disapproval of any tariff agreed in accordance with the provisions of paragraph 2, the Aeronautical Authorities of the two Contracting Parties shall endeavour to determine the tariff by mutual agreement.

5. If the Aeronautical Authorities of both Contracting Parties cannot agree on any tariff submitted to them under paragraph 3 of this Article, or on the determination of any tariff under paragraph 4 of this Article, the difference of opinion shall be settled in accordance with the provisions of Article 13 of the present Agreement.

6. A tariff established in accordance with the provisions of this Article shall remain in force until a new tariff has been established.

7. The tariffs to be applied on the specified route between one Contracting Party and third countries shall be the tariffs approved by this Contracting Party and the government of the respective third country.

Article 9

The revenue derived from the transportation of international traffic by the designated airline of each Contracting Party in the territory of the other Contracting Party shall be permitted to be transferred, at the official rate of exchange, by the other Contracting Party.

Wherever the payments system between the Contracting Parties is governed by a special agreement, this agreement shall apply.

Article 10

1. For the operation of the specified route, the designated airline of each Contracting Party shall have the right to set up its representative office at the point of call on the specified route in the territory of the other Contracting Party. The staff of such representative office shall be subject to the approval of the other Contracting Party and the number of staff shall be agreed upon through discussion between the designated airlines of both Contracting Parties, and shall be subject to the approval of the Aeronautical Authorities of both Contracting Parties. The staff of such representative office must observe the laws and regulations in force in the country where such office is located.

2. Each Contracting Party shall extend assistance and convenience to the representative office and its staff members of the designated airline of the other Contracting Party and ensure their safety.

(3) Jede Vertragspartei ist bemüht, für die Sicherheit des Luftfahrzeugs, der Vorräte und sonstigen Vermögensgegenstände in ihrem Hoheitsgebiet zu sorgen, die im vereinbarten Fluglinienverkehr durch das bezeichnete Unternehmen der anderen Vertragspartei verwendet werden.

(4) Die Besatzungsmitglieder des bezeichneten Unternehmens einer Vertragspartei, die Flüge auf der festgelegten Linie durchführen, müssen Angehörige dieser Vertragspartei sein. Wünscht das bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei, Besatzungsmitglieder anderer Staatsangehörigkeit im Betrieb auf der festgelegten Linie einzusetzen, so ist die Genehmigung der anderen Vertragspartei einzuholen.

Artikel 11

(1) Bei einem Unfall oder einer Notlage eines Luftfahrzeugs des bezeichneten Unternehmens einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weist die letztere ihre zuständigen Behörden an, die Luftfahrtbehörden der ersten Vertragspartei sofort zu unterrichten und der Besatzung und den Fluggästen an Bord des Luftfahrzeugs die erforderliche Hilfe zu leisten.

(2) Sind durch Unfall Personen zu Tode gekommen oder schwer verletzt worden oder ist das Luftfahrzeug schwer beschädigt worden, so weist die andere Vertragspartei ihre zuständigen Behörden an, außerdem folgende Maßnahmen zu treffen:

- a) sofort Such- und Rettungsmaßnahmen durchzuführen;
- b) Beweismaterial zu sichern und die Sicherheit des Luftfahrzeugs und seines Inhalts zu gewährleisten;
- c) eine Untersuchung über den Unfall durchzuführen;
- d) Beobachtern der ersten Vertragspartei den Zugang zu dem Luftfahrzeug und die Anwesenheit bei der Untersuchung zu gestatten;
- e) das Luftfahrzeug und seinen Inhalt freizugeben, sobald sie für die Untersuchung nicht mehr erforderlich sind;
- f) den Luftfahrtbehörden der ersten Vertragspartei schriftlich das Ergebnis der Untersuchung mitzuteilen.

Artikel 12

Im Geiste enger Zusammenarbeit findet von Zeit zu Zeit ein Meinungsaustausch zwischen den beiden Vertragsparteien statt, um die Durchführung und befriedigende Einhaltung der Bestimmungen dieses Abkommens und des Notenwechsels über den Fluglinienplan zu gewährleisten.

Artikel 13

Bei einer Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens weisen die Vertragsparteien zunächst ihre Luftfahrtbehörden an, sie durch Verhandlungen beizulegen. Können die genannten Behörden keine Einigung erzielen, so kann jede Vertragspartei die andere Vertragspartei um Konsultation ersuchen. Diese Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach dem Datum des Ersuchens.

Artikel 14

Hält eine Vertragspartei die Änderung oder Ergänzung einer Bestimmung dieses Abkommens für wünschenswert, so kann sie die andere Vertragspartei um Konsultation ersuchen. Diese Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach dem Datum des Ersuchens. Auf diese Weise vereinbarte Änderungen oder Ergänzungen treten in Kraft, sobald die beiden Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre innerstaatlichen Verfahren für das Wirksamwerden der Änderungen oder Ergänzungen abgeschlossen sind.

3. Each Contracting Party shall endeavour to ensure the safety of the aircraft, stores and other properties in its territory used on the agreed services by the designated airline of the other Contracting Party.

4. The crew members of the designated airline of either Contracting Party flying on the specified route shall be citizens of such Contracting Party. In case where the designated airline of each Contracting Party desires to utilize crew members of other nationalities for the operation on the specified route, approval shall be obtained from the other Contracting Party.

Article 11

1. Should an aircraft of the designated airline of one Contracting Party experience an accident or be in distress in the territory of the other Contracting Party, the latter shall instruct its appropriate authorities to immediately inform the Aeronautical Authorities of the first Contracting Party and provide necessary assistance to the crew and passengers on board the aircraft.

2. In case where the accident involves death or serious injury of persons or serious damage to aircraft, the other Contracting Party shall instruct its appropriate authorities to take further the following measures:

- a) immediately provide search and rescue operation;
- b) protect evidences and secure the safety of the aircraft and its contents;
- c) carry out investigation into the accident;
- d) permit the observers of the first Contracting Party access to the aircraft and to be present in the investigation;
- e) release the aircraft and its contents as soon as they are no longer necessary for the investigation;
- f) communicate in writing to the Aeronautical Authorities of the first Contracting Party the results of the investigation.

Article 12

In a spirit of close co-operation, exchange of views shall take place from time to time between the two Contracting Parties, with a view to ensuring the implementation of, and satisfactory compliance with the provisions of the present Agreement and the Exchange of Notes on Route Schedule.

Article 13

If any dispute arises between the Contracting Parties relating to the interpretation or implementation of the present Agreement, the Contracting Parties shall in the first place instruct their respective Aeronautical Authorities to settle it by negotiation. If the said Authorities fail to reach an agreement, each Contracting Party may request consultation with the other Contracting Party. Such consultation shall begin within a period of sixty days from the date of the request.

Article 14

If either of the Contracting Parties considers it desirable to modify or amend any provisions of the present Agreement, it may request consultation with the other Contracting Party. Such consultation shall begin within a period of sixty days from the date of the request. Modifications or amendments so agreed upon shall come into force after the two Contracting Parties have notified each other that their respective internal procedures to make the modifications or amendments effective have been fulfilled.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Vertragsparteien ihre rechtlichen oder verfassungsmäßigen Erfordernisse erfüllt und dies einander durch diplomatischen Notenwechsel notifiziert haben.

(2) Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei jederzeit ihren Entschluß notifizieren, dieses Abkommen zu beenden. Dieses Abkommen tritt sodann zwölf Monate nach dem Datum des Eingangs der Notifikation bei der anderen Vertragspartei außer Kraft. Wird die Notifikation vor Ablauf dieses Zeitabschnitts zurückgezogen, so bleibt das Abkommen mit Zustimmung der anderen Vertragspartei in Kraft.

GESCHEHEN zu Peking am 31. Oktober 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher, chinesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Rolf F. P a u l s
K. G s c h e i d l e

Für die Regierung der Volksrepublik China
For the Government of the People's Republic of China

L i u T s u n h s i n

Article 15

1. The present Agreement shall come into force after both Contracting Parties have respectively completed their legal or constitutional formalities and notified each other to this effect through exchange of diplomatic notes.

2. Either Contracting Party may at any time give notice to the other Contracting Party of its decision to terminate the present Agreement. The present Agreement shall then terminate twelve months after the date of receipt of the notice by the other Contracting Party. If the above notice is withdrawn before the expiry of this period, the present Agreement shall continue to be in force with the concurrence of the other Contracting Party.

DONE at Peking on this thirty-first day of October, 1975, in duplicate in the German, Chinese and English languages, the three texts being equally authentic. In case of any diversion in interpretation, the English text shall prevail.

**Verordnung
über die Errichtung nebeneinanderliegender
nationaler Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Gerstheim/Ottenheim**

Vom 31. März 1978

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 1. Juni 1960 über das Abkommen vom 18. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über nebeneinanderliegende nationale Grenzabfertigungsstellen und Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe an der deutsch-französischen Grenze (BGBl. 1960 II S. 1533) wird verordnet:

§ 1

An der deutsch-französischen Grenze werden am Grenzübergang Gerstheim/Ottenheim nebeneinanderliegende nationale Grenzabfertigungsstellen nach Maßgabe der Vereinbarung vom 14. Februar 1978 errichtet. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 1. Juni 1960 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 31. März 1978

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

**Vereinbarung
über die Errichtung nebeneinanderliegender
nationaler Grenzabfertigungsstellen
am Grenzübergang Gerstheim/Ottenheim**

**Arrangement
relatif à l'installation de bureaux de contrôles nationaux juxtaposés
au point-frontière de Gerstheim/Ottenheim**

Der Bundesminister der Finanzen
und
Der Bundesminister des Innern
der Bundesrepublik Deutschland

einerseits,

Der Minister des Innern
sowie
Der Minister für Wirtschaft und Finanzen
der Französischen Republik

andererseits,

Le Ministre fédéral des Finances
et
Le Ministre fédéral de l'Intérieur
de la République fédérale d'Allemagne

d'une part,

Le Ministre de l'Intérieur
et

Le Ministre délégué à l'Economie et aux Finances
de la République française

d'autre part,

gestützt auf Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 18. April 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über nebeneinanderliegende nationale Grenzabfertigungsstellen und Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe an der deutsch-französischen Grenze und den Notenwechsel vom 28. 9./26. 11. 1960 über die Erstreckung des Abkommens auf das Land Berlin,

se référant à l'Article 1^{er} § 4 de la Convention du 18 avril 1958 entre la République fédérale d'Allemagne et la République française relative aux bureaux de contrôles nationaux juxtaposés et aux gares communes ou d'échange à la frontière franco-allemande, et à l'échange de notes des 28. 9. et 26. 11. 1960 relatif à l'extension de l'application de l'arrangement au Land de Berlin,

sind wie folgt übereingekommen:

sont convenus de ce qui suit:

Artikel 1

(1) Am Grenzübergang Gerstheim/Ottenheim werden auf französischem Hoheitsgebiet nebeneinanderliegende nationale Grenzabfertigungsstellen errichtet.

(2) Die deutsche und französische Grenzabfertigung finden bei diesen Grenzabfertigungsstellen statt.

Article 1

1. Au point-frontière de Gerstheim/Ottenheim, des bureaux de contrôles nationaux juxtaposés sont créés sur le territoire français.

2. Les contrôles allemands et français s'effectuent dans ces bureaux.

Artikel 2

Die Zone im Sinne des Artikels 3 des Abkommens vom 18. April 1958 umfaßt:

- a) im Abfertigungsgebäude die den deutschen Bediensteten zur Durchführung ihrer Aufgaben zur alleinigen oder gemeinschaftlichen Benutzung überlassenen Räume,
- b) die Straße Nonnenweier-Gerstheim von der Grenze bis 45 m westlich des Abfertigungsgebäudes, gemessen von der Südwestecke des Abfertigungsgebäudes (Westgrenze des Parkplatzes), den Parkplatz auf der Westseite des Abfertigungsgebäudes sowie die von dem Parkplatz und der Straße her zugänglichen Böschungen und Teile des Staudammes bis zur jeweiligen Wasserlinie.

Article 2

La zone au sens de l'article 3 de la Convention du 18 avril 1958, comprend:

- a) dans le bâtiment réservé au dédouanement, les locaux à usage exclusif ou commun mis à la disposition des agents allemands pour l'exécution de leurs tâches,
- b) la route Nonnenweier-Gerstheim depuis la frontière jusqu'à une distance de 45 m à l'Ouest du bâtiment réservé au dédouanement — cette distance étant mesurée à partir de l'angle sud-ouest de ce bâtiment (limite ouest du parking), le parking situé sur le côté ouest du bâtiment réservé au dédouanement et les parties du barrage et des talus accessibles depuis le parking et la route jusqu'aux niveaux des plans d'eau correspondants.

Artikel 3

(1) Die Oberfinanzdirektion Freiburg und das Grenzschutzamt Lörrach einerseits sowie die Direction Régionale des Douanes de Strasbourg und die zuständige französische Polizeibehörde andererseits legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

Article 3

1. La Direction principale des Finances de Fribourg et le Service de Protection des Frontières de Lörrach d'une part, ainsi que la Direction Régionale des Douanes de Strasbourg et l'autorité française de police compétente d'autre part, règlent d'un commun accord les questions de détail.

(2) Die Leiter der Grenzabfertigungsstellen treffen im gegenseitigen Einvernehmen die kurzfristig erforderlichen Maßnahmen, insbesondere um Schwierigkeiten auszuräumen, die sich bei der Grenzabfertigung ergeben können.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 5 des Abkommens vom 18. April 1958 durch Austausch diplomatischer Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten gekündigt werden.

2. Les agents responsables en service aux bureaux de contrôles prennent d'un commun accord les mesures s'imposant à bref délai, notamment pour aplanir les difficultés pouvant surgir lors du contrôle.

Article 4

1. Le présent arrangement sera confirmé et mis en vigueur par l'échange de notes diplomatiques prévu à l'article 1, alinéa 5 de la Convention du 18 avril 1958.

2. Il pourra être dénoncé par la voie diplomatique avec un préavis de douze mois.

GESCHEHEN am 14. Februar 1978 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT le 14 Février 1978 en quatre exemplaires originaux dont deux en langue allemande et deux en langue française, chaque texte faisant également foi.

Der Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland
Le Ministre fédéral des Finances de la République fédérale d'Allemagne

Im Auftrag
Par délégation
Hans Hutter

Der Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland
Le Ministre fédéral de l'Intérieur de la République fédérale d'Allemagne

Im Auftrag
Par délégation
Dr. Reuter

Der Minister des Innern der Französischen Republik
Le Ministre de l'Intérieur de la République française
Christian Bonnet

Der Minister für Wirtschaft und Finanzen
der Französischen Republik
Le Ministre délégué à l'économie et aux finances
de la République française
Robert Boulin

Verordnung
zur Inkraftsetzung der Vereinbarung vom 15./21. Februar 1978
zur Änderung der Anlage des Vertrages vom 30. März 1967
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark
über Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr
Vom 31. März 1978

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 30. April 1969 zu dem Vertrag vom 30. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr (BGBl. 1969 II S. 937) wird verordnet:

§ 1

Die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Steuern und Abgaben des Königreichs Dänemark vom 15./21. Februar 1978 zur Änderung der Anlage des Vertrages vom 30. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr wird in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des Gesetzes vom 30. April 1969 auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1978 in Kraft. Am selben Tage treten die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Finanzminister des Königreiches Dänemark vom 20. Oktober/6. November 1972 zur Änderung der Anlage des Vertrages vom 30. März 1967 sowie die Verordnung vom 7. Dezember 1972 zur Inkraftsetzung dieser Vereinbarung (BGBl. 1972 II S. 1609) nach ihrem § 3 Abs. 2 außer Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die in § 1 bezeichnete Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 31. März 1978

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Bundesministerium der Finanzen
III B 8 — Z 1484 (Dä) — 1/78

Bonn, den 15. Februar 1978

An den
Herrn Minister für Steuern und Abgaben
des Königreichs Dänemark
Kopenhagen

Til
kongeriget Danmarks minister
for skatter og afgifter
København

Betr.: Änderung der Anlage des Vertrages vom 30. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr

Vedr.: **Ændring af bilag til overenskomsten af 30. marts 1967 mellem Forbundsrepublikken Tyskland og kongeriget Danmark om toldlettelser i den lille grænsetrafik**

Herr Minister!

Hr. minister

Mit Bezug auf Artikel 2 Satz 2 des Vertrages vom 30. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr, dessen Anlage durch Briefwechsel vom 20. Oktober und 6. November 1972 geändert wurde, beehre ich mich, Ihnen für die Anlage des Vertrages folgende Fassung vorzuschlagen:

Under henvisning til artikel 2, 2. sætning, i overenskomsten af 30. marts 1967 mellem forbundsrepublikken Tyskland og kongeriget Danmark om toldlettelser i den lille grænsetrafik, hvis bilag ændredes ved brevveksling af 20. oktober og 6. november 1972, tillader jeg mig at foreslå følgende ny formulering af bilaget til overenskomst:

„A

Verzeichnis
Fortegnelse

der in der deutschen Zollgrenzzone gelegenen Gemeinden
over de i den tyske toldgrænsezone beliggende kommuner

Gemeinde Kommune	Kreis Kreds	Hauptzollamtsbezirk Tolldistrikt
Achtrup	Nordfriesland	Flensburg
Adelby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Ahneby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Ausacker	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Avøntoft	Nordfriesland	Flensburg
Böxlund	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Bosbüll	Nordfriesland	Flensburg
Braderup	Nordfriesland	Flensburg
Bramstedtlund	Nordfriesland	Flensburg
Dollerup	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Ellhöft	Nordfriesland	Flensburg
Emmelsbüll-Horsbüll	Nordfriesland	Flensburg
Esgrus	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Flensburg	Flensburg	Flensburg
Freienwill	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog	Nordfriesland	Flensburg
Galmsbüll	Nordfriesland	Flensburg
Gelting	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Glücksburg	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Großenwiehe	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Grundhof	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Handewitt	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Harrislee	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Hasselberg	Schleswig-Flensburg	Flensburg

Gemeinde Kommune	Kreis Kreds	Hauptzollamtsbezirk Tolldistrikt
Hörnum	Nordfriesland	Itzehoe
Hörup	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Holm	Nordfriesland	Flensburg
Holt	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Hürup	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Humtrup	Nordfriesland	Flensburg
Husby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Jardelund	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Jarplund-Weding	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Kampen/Sylt	Nordfriesland	Itzehoe
Karlum	Nordfriesland	Flensburg
Klanxbüll	Nordfriesland	Flensburg
Klixbüll	Nordfriesland	Flensburg
Kronsgaard	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Ladelund	Nordfriesland	Flensburg
Langballig	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Leck	Nordfriesland	Flensburg
Lexgaard	Nordfriesland	Flensburg
Lindewitt	Schleswig-Flensburg	Flensburg
List/Sylt	Nordfriesland	Itzehoe
Maasbüll	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Maasholm	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Medelby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Meyn	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Munkbrarup	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Neukirchen	Nordfriesland	Flensburg
Niebüll	Nordfriesland	Flensburg
Nieby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Niesgrau	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Nordhackstedt	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Oeversee	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Osterby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Pommerby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Quern	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Rabel	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Rabenholz	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Rantum	Nordfriesland	Itzehoe
Ringsberg	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Risum-Lindholm	Nordfriesland	Flensburg
Rodenäs	Nordfriesland	Flensburg
Sankelmark	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Schafflund	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Sörup	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Sprakebüll	Nordfriesland	Flensburg
Stadum	Nordfriesland	Flensburg
Stangheck	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Steinberg	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Steinbergkirche	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Sterup	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Stoltebüll	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Süderlügum	Nordfriesland	Flensburg
Sylt-Ost	Nordfriesland	Itzehoe

Gemeinde Kommune	Kreis Kreds	Hauptzollamtsbezirk Tolldistrikt
Tinningstedt	Nordfriesland	Flensburg
Uphusum	Nordfriesland	Flensburg
Wallsbüll	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Wanderup	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Wees	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Weesby	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Wenningstedt/Sylt	Nordfriesland	Itzehoe
Westerholz	Schleswig-Flensburg	Flensburg
Westerland/Sylt	Nordfriesland	Itzehoe
Westre	Nordfriesland	Flensburg

B

Verzeichnis
Fortegnelse

der in der dänischen Zollgrenzzone gelegenen Gemeinden
over de i den danske toldgrænsezone beliggende kommuner

Gemeinde Kommune	Kreis Kreds	Hauptzollamtsbezirk Tolldistrikt
Augustenborg	Sønderjylland	Sønderborg
Bov	Sønderjylland	Sønderborg
Broager	Sønderjylland	Sønderborg
Gråsten	Sønderjylland	Sønderborg
Højer	Sønderjylland	Haderslev
Lundtoft	Sønderjylland	Sønderborg
Skærbæk, soweit diese auf der Insel Rømø gelegen ist (Skær- bæk, for så vidt angår øen Rømø)	Sønderjylland	Haderslev
Sundeved	Sønderjylland	Sønderborg
Sydals	Sønderjylland	Sønderborg
Sønderborg	Sønderjylland	Sønderborg
Tinglev	Sønderjylland	Sønderborg
Tønder	Sønderjylland	Haderslev

Ich beehre mich vorzuschlagen, daß dieser Brief und der Antwortbrief Eurer Exzellenz eine Vereinbarung im Sinne von Artikel 2 Satz 2 des Vertrages vom 30. März 1967 bilden, die am 1. Mai 1978 in Kraft tritt und daß mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung die Vereinbarung vom 20. Oktober/6. November 1972 außer Kraft tritt.

Jeg tillader mig at foreslå, at dette brev og svarbrevet fra Deres Excellence er en aftale i overensstemmelse med artikel 2, 2. sætning, i overenskomsten af 30. marts 1967, og at denne aftale træder i kraft den 1. maj 1978 hvorved aftalen af 20. oktober/6. november 1972 samtidig ophæves.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Modtag, hr. minister, forsikringen om min udmærkede højagtelse

Im Auftrag
e. b.

Hans Hutter

Ministerium für Steuern und Abgaben
Departement für Zoll und Verbrauchsteuern

Kopenhagen, 21. februar 1978
J. Nr. T. 1741

An den
Herrn Bundesminister der Finanzen
53 B o n n

Vedr.: Ændring af bilag til overenskomsten af 30. marts 1967 mellem Forbundsrepublikken Tyskland og kongeriget Danmark om toldlettelser i den lille grænsetrafik

Betr.: Änderung der Anlage des Vertrages vom 30. März 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr

Hr. minister.

Jeg har den ære at bekræfte modtagelsen af Deres brev af 15. februar 1978 — III B 8 — Z 1484 (Dä) — 1/78 —, der har følgende ordlyd:

Herr Minister.

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 15. Februar 1978 — III B 8 — Z 1484 (Dä) — 1/78 — zu bestätigen, der wie folgt lautet:

(Es folgt der Wortlaut des Briefes vom 15. Februar 1978.)

Jeg tillader mig at medelle Dem, at jeg er indforstået med Deres forslag til en aftale og med, at Deres brev og dette svarbrev udgør en aftale i overensstemmelse med artikel 2, 2. sætning, i overenskomsten af 30. marts 1967, og at denne aftale træder i kraft den 1. maj 1978.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich mit Ihrem Vereinbarungsvorschlag und auch damit einverstanden bin, daß Ihr Brief und dieser Antwortbrief eine Vereinbarung im Sinne von Artikel 2 Satz 2 des Vertrages vom 30. März 1967 bilden, die am 1. Mai 1978 in Kraft tritt.

Modtag, hr. minister, forsikringen om min udmærkede højagtelse

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

P.m.v.
Im Auftrag
Paul G e r s m a n n

**Bekanntmachung
über die Änderung der Verfahrensordnung
der Europäischen Kommission für Menschenrechte**

Vom 16. März 1978

Die Europäische Kommission für Menschenrechte hat auf ihrer 130. Tagung (5. bis 16. Dezember 1977) mit Wirkung vom 15. Dezember 1977 Änderungen ihrer Verfahrensordnung in der Fassung der Revidierten Verfahrensordnung vom 13. Dezember 1974 (BGBl. 1977 II S. 1278) beschlossen. Die geänderten Stellen werden nachfolgend bekanntgemacht. Im übrigen bleibt der Wortlaut der Verfahrensordnung in der Fassung der Revidierten Verfahrensordnung vom 13. Dezember 1974 (BGBl. 1977 II S. 1277) maßgebend.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. November 1977 (BGBl. II S. 1277).

Bonn, den 16. März 1978

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung des Staatssekretärs
Bahlmann

Europäische Kommission für Menschenrechte

Anderungen der Verfahrensordnung
von der Kommission auf ihrer 130. Tagung (5.—15. Dezember 1977) angenommen
und am 15. Dezember 1977 in Kraft getreten

European Commission of Human Rights

Amendments to the Rules of Procedure
as adopted by the Commission at its 130th session (5—16 December 1977)
and entered into force on 15 December 1977

Commission européenne des Droits de L'homme

Modifications au Règlement intérieur
adoptées par la Commission au cours de sa 130^{ème} session (5—16 décembre 1977)
et entrées en vigueur le 15 décembre 1977

(Übersetzung)

Rule 32

1. Any individual applicant, expert or other person whom the Commission decides to hear as a witness, shall be summoned by the Secretary. The summons shall indicate:

- a. the parties to the application;
- b. the facts or issues regarding which the person concerned will be heard;
- c. the arrangements made, in accordance with Rule 35 bis, paragraph 1 or 2, to reimburse the person concerned for any expenses incurred by him.

2. Any such person may, if he has not sufficient knowledge of English or French, be authorised by the President to speak in any other language.

Rule 35^{bis}

1. The expenses incurred by any person who is heard by the Commission as a witness at the request of a party shall be borne either by that party or by the Council of Europe, as the Commission may decide. Where it is decided that the expenses shall be borne by the Council of Europe, the amount shall be fixed by the President of the Commission.

2. The expenses incurred by any such person whom the Commission hears proprio motu shall be fixed by the President and be borne by the Council of Europe.

3. Where the Commission decides to obtain written expert opinions, the costs, as agreed by the President,

Article 32

1. Tout individu requérant, expert ou autre personne dont la Commission ordonne l'audition en qualité de témoin est convoqué par le Secrétaire. La convocation indique notamment:

- a. quelles sont les parties en cause;
- b. les faits ou points sur lesquels portera l'audition;
- c. les dispositions prises, conformément à l'article 35 bis, paragraphe 1 ou 2, du présent Règlement, pour le remboursement des frais encourus par l'intéressé.

2. Toute personne dont la Commission ordonne l'audition peut, si elle ne connaît pas suffisamment le français ni l'anglais, être autorisée par le Président à s'exprimer en toute autre langue.

Article 35^{bis}

1. Les frais encourus par toute personne entendue par la Commission en qualité de témoin à la demande d'une partie incombent à cette partie ou au Conseil de l'Europe, selon ce que la Commission en décide. S'ils incombent au Conseil de l'Europe, leur montant est fixé par le Président.

2. Les frais encourus par toute personne dont la Commission ordonne d'office l'audition sont fixés par le Président et incombent au Conseil de l'Europe.

3. Lorsque la Commission décide d'obtenir un avis d'expert donné par écrit, les frais encourus, dont le mon-

Artikel 32

(1) Jeder Individualbeschwerdeführer, jeder Sachverständige oder jede andere Person, deren Vernehmung als Zeuge die Kommission angeordnet hat, wird vom Sekretär geladen. In der Ladung werden insbesondere angegeben

- a) die Parteien der Beschwerde;
- b) die Tatsachen oder Punkte, zu denen die betreffende Person gehört werden soll;
- c) die nach Artikel 35 bis Absatz 1 oder 2 getroffenen Anordnungen für die Erstattung der Auslagen, die der betreffenden Person entstehen.

(2) Jede Person, deren Anhörung die Kommission angeordnet hat, kann sich, falls sie die englische oder französische Sprache nicht genügend beherrscht, mit Erlaubnis des Präsidenten in jeder anderen Sprache ausdrücken.

Artikel 35^{bis}

(1) Die Auslagen jeder Person, die auf Antrag einer Partei von der Kommission als Zeuge gehört wird, fallen je nach Entscheidung der Kommission dieser Partei oder dem Europarat zur Last. Werden sie dem Europarat auferlegt, so wird die Höhe vom Präsidenten der Kommission festgesetzt.

(2) Die Auslagen jeder Person, welche die Kommission von Amts wegen hört, werden vom Präsidenten festgesetzt und vom Europarat getragen.

(3) Entscheidet die Kommission, ein schriftliches Sachverständigengutachten einzuholen, so werden die Kosten,

shall be borne by the Council of Europe.

Rule 40

1. Any application submitted pursuant to Article 25 of the Convention shall be referred to a member of the Commission who, as rapporteur, shall examine the application and submit a report to the Commission on its admissibility.

2. The rapporteur, in his examination of the application:

a. may request relevant information on matters connected with the application, from the applicant or the High Contracting Party concerned; and

b. shall communicate any information so obtained from the High Contracting Party to the applicant for comments.

3. The report of the rapporteur on the admissibility of the application shall contain:

a. a statement of the relevant facts, including any information or comments obtained under paragraph 2 of this Rule;

b. a summary of any written or oral observations obtained from the parties under Rule 42, paragraphs 2 and 3;

c. an indication of the issues arising under the Convention in the application;

d. a proposal on admissibility and on any other action to be taken, as the case may require.

Rule 42

1. The Commission shall consider the report of the rapporteur and may declare at once that the application is inadmissible or to be struck off its list.

2. Alternatively, the Commission may:

a. request relevant information on matters connected with the application from the applicant or the High Contracting Party concerned. Any information so obtained from the High Contracting Party shall be communicated to the applicant for comments.

b. give notice of the application to the High Contracting Party against which it is brought and invite that

tant est fixé avec l'accord du Président, incombent au Conseil de l'Europe.

Article 40

1. Toute requête présentée en vertu de l'article 25 de la Convention est soumise à un membre de la Commission, lequel, en qualité de rapporteur, procède à un examen de la requête et soumet à la Commission un rapport sur sa recevabilité.

2. Au cours de son examen, le rapporteur:

a. peut demander au requérant ou à la Haute Partie Contractante mise en cause tous renseignements utiles sur des points en rapport avec l'objet de la requête et

b. communique au requérant, pour commentaires, tout renseignement ainsi obtenu de la Haute Partie Contractante mise en cause.

3. Le rapport établi par le rapporteur sur la recevabilité de la requête contient:

a. un exposé des faits pertinents, y compris, s'il y a lieu, des renseignements et commentaires obtenus conformément au paragraphe 2 du présent article;

b. s'il y a lieu, un résumé des observations présentées par écrit ou oralement par les parties conformément à l'article 42, paragraphes 2 et 3, du présent Règlement;

c. l'indication des questions que soulève la requête et qui relèvent de la Convention;

d. une proposition quant à la recevabilité de la requête et quant à toute autre mesure à prendre, selon les circonstances.

Article 42

1. La Commission prend connaissance du rapport établi par le rapporteur et peut décider sur-le-champ que la requête est irrecevable ou doit être rayée du rôle.

2. Si elle n'en décide pas ainsi, la Commission peut:

a. demander au requérant ou à la Haute Partie Contractante mise en cause tous renseignements utiles sur des points en rapport avec l'objet de la requête. Tout renseignement ainsi obtenu de la Haute Partie Contractante mise en cause est communiqué au requérant pour commentaires;

b. donner connaissance de la requête à la Haute Partie Contractante mise en cause et inviter celle-ci à présen-

deren Höhe mit Zustimmung des Präsidenten festgesetzt wird, vom Europarat getragen.

Artikel 40

(1) Jede nach Artikel 25 der Konvention erhobene Beschwerde wird einem Mitglied der Kommission zugewiesen, das die Beschwerde als Berichtserstatter prüft und der Kommission einen Bericht über die Zulässigkeit vorlegt.

(2) Bei seiner Prüfung der Beschwerde

a) kann der Berichtserstatter den Beschwerdeführer oder den betroffenen Hohen Vertragschließenden Teil um sachdienliche Auskünfte über Fragen ersuchen, die sich auf den Gegenstand der Beschwerde beziehen, und

b) teilt der Berichtserstatter jede auf diese Weise von dem betroffenen Hohen Vertragschließenden Teil erhaltene Auskunft dem Beschwerdeführer zur Stellungnahme mit.

(3) Der Bericht des Berichtserstatters über die Zulässigkeit der Beschwerde enthält

a) eine Darstellung der wesentlichen Tatsachen, gegebenenfalls einschließlich der auf Grund von Absatz 2 eingeholten Auskünfte und Stellungnahmen;

b) gegebenenfalls eine Zusammenfassung der nach Artikel 42 Absätze 2 und 3 eingeholten schriftlichen oder mündlichen Stellungnahmen der Parteien;

c) eine Bezeichnung der Fragen, die sich hinsichtlich der Beschwerde aus der Konvention ergeben;

d) einen Vorschlag in bezug auf die Zulässigkeit und gegebenenfalls auf jede andere zu treffende Maßnahme.

Artikel 42

(1) Die Kommission erörtert den Bericht des Berichtserstatters und kann die Beschwerde ohne weiteres für unzulässig erklären oder in ihrem Register streichen.

(2) Andernfalls kann die Kommission

a) den Beschwerdeführer oder den betroffenen Hohen Vertragschließenden Teil um sachdienliche Auskünfte über Fragen ersuchen, die sich auf den Gegenstand der Beschwerde beziehen. Jede auf diese Weise vom Hohen Vertragschließenden Teil eingeholte Auskunft wird dem Beschwerdeführer zur Stellungnahme mitgeteilt;

b) dem Hohen Vertragschließenden Teil, gegen den sich die Beschwerde richtet, von der

Party to present written observations to the Commission on the admissibility of the application. Any observations so obtained shall be communicated to the applicant for any written observations which he may wish to present in reply.

3. Before deciding upon the admissibility of the application, the Commission may invite the parties:

- a. to submit further observations in writing;
- b. to submit further observations orally at a hearing on issues of admissibility and at the same time, if the Commission so decides, on the merits of the application.

4. Time-limits shall be fixed by the rapporteur for any information or comments requested under Rule 40, paragraph 2, and by the Commission for any information, observations or comments requested under paragraphs 2 and 3 above.

Rule 43

1. The decision of the Commission shall be communicated by the Secretary of the Commission to the applicant and, except for the case provided for in paragraph 1 of Rule 42 or where information has been obtained from the applicant only, to the High Contracting Party or Parties concerned.

2. The decision of the Commission shall be accompanied or followed by reasons.

Rule 44

1. Unless it considers that any reason of a general character affecting the observance of the Convention justifies further examination of an application, the Commission may strike it out of its list of cases:

- a. where the applicant states that he wishes to withdraw his application; or
- b. where the circumstances, in particular the applicant's failure to provide information requested or to observe time-limits set, lead to the conclusion that he does not intend to pursue his application.

2. The Commission may decide to restore an application on its list of cases if it considers that the circumstances justify such a course.

ter par écrit à la Commission ses observations sur la recevabilité de ladite requête. Les observations ainsi obtenues sont communiquées au requérant, qui a la faculté de présenter par écrit ses observations en réponse.

3. Avant de prendre une décision sur la recevabilité de la requête, la Commission peut inviter les parties:

- a. à lui présenter par écrit des observations complémentaires;
- b. à lui présenter oralement, au cours d'une audience, des observations complémentaires sur des points concernant la recevabilité et en même temps, si la Commission en décide ainsi, sur le bien-fondé de la requête.

4. Le rapporteur fixe les délais dans lesquels doivent être produits les renseignements et commentaires demandés en application de l'article 40, paragraphe 2, du présent Règlement et la Commission fixe les délais dans lesquels doivent être produits les renseignements, observations et commentaires demandés en application des paragraphes 2 et 3 du présent article.

Article 43

1. Le Secrétaire de la Commission communique la décision de la Commission au requérant. Il la communique également à la Haute Partie Contractante ou aux Hautes Parties Contractantes mises en cause, sauf dans le cas visé à l'article 42, paragraphe 1, du présent Règlement et dans le cas où des renseignements ont été obtenus du seul requérant.

2. La décision de la Commission est accompagnée ou suivie de l'indication de ses motifs.

Article 44

1. A moins qu'elle n'estime qu'un motif d'intérêt général touchant au respect de la Convention justifie la poursuite de l'examen d'une requête, la Commission peut la rayer du rôle:

- a. lorsque le requérant déclare retirer sa requête; ou
- b. lorsque les circonstances, notamment l'omission par le requérant de fournir les renseignements qui lui ont été demandés ou la non-observation des délais à lui impartis, permettent de croire que celui-ci n'entend plus maintenir sa requête.

2. La Commission peut décider la réinscription au rôle d'une requête, lorsqu'elle estime que les circonstances le justifient.

Beschwerde Kenntnis geben und ihn auffordern, gegenüber der Kommission zur Zulässigkeit der Beschwerde schriftlich Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme wird dem Beschwerdeführer mitgeteilt, der darauf schriftlich erwidern kann.

(3) Vor einer Entscheidung über die Zulässigkeit der Beschwerde kann die Kommission die Parteien auffordern,

- a) schriftlich weitere Stellungnahmen abzugeben;
- b) in einer mündlichen Verhandlung weitere Stellungnahmen zu Fragen der Zulässigkeit und, wenn die Kommission so entscheidet, gleichzeitig zur Begründetheit der Beschwerde abzugeben.

(4) Die Fristen für die Erteilung von Auskünften und die Abgabe von Stellungnahmen nach Artikel 40 Absatz 2 werden vom Berichterstatter, die Fristen für Auskünfte, Stellungnahmen und Äußerungen nach den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels werden von der Kommission festgesetzt.

Artikel 43

(1) Der Sekretär teilt die Entscheidung der Kommission dem Beschwerdeführer und, mit Ausnahme des in Artikel 42 Absatz 1 vorgesehenen Falles sowie des Falles, daß lediglich der Beschwerdeführer Auskunft erteilt hat, auch dem betroffenen Hohen Vertragschließenden Teil mit.

(2) Die Entscheidung der Kommission ist gleichzeitig oder später zu begründen.

Artikel 44

(1) Die Kommission kann eine Beschwerde, sofern sie nicht ihre weitere Prüfung wegen der allgemeinen Bedeutung für die Anwendung der Konvention für gerechtfertigt hält, in ihrem Register streichen,

- a) wenn der Beschwerdeführer die Zurücknahme seiner Beschwerde erklärt oder
- b) wenn die Umstände Grund zu der Annahme geben, daß der Beschwerdeführer seine Beschwerde nicht weiterzuverfolgen beabsichtigt, insbesondere wenn er von ihm angeforderte Auskünfte nicht erteilt oder ihm gesetzte Fristen nicht einhält.

(2) Die Kommission kann die Wiedereintragung einer Beschwerde in das Register anordnen, wenn sie dies den Umständen nach für gerechtfertigt hält.

Chapter IV

Procedure after the admission
of an application

Rule 45

1. After deciding to admit an application, the Commission shall decide on the procedure to be followed:

- a. for the examination of the application under Article 28 (a) of the Convention;
- b. with a view to securing a friendly settlement under Article 28 (b) of the Convention.

2. In order to accomplish its tasks under Article 28 (a) of the Convention the Commission may invite the parties to submit further evidence and observations.

3. The Commission shall decide in each case whether observations should be submitted in writing or orally at a hearing.

4. The President shall lay down the time-limits within which the parties shall submit evidence and written observations.

Rule 46

1. The Commission shall appoint one or more of its members as rapporteur.

2. The rapporteur may at any stage of the examination of an application under Article 25 of the Convention invite the parties to submit further written evidence and observations.

3. The rapporteur shall:

- a. draft such memoranda as may be required by the Commission for its consideration of the case before it;
- b. draft a report for the Commission in accordance with Rule 50, Rule 53 or Rule 54, as the case may be.

Rule 47

The Commission may, when it sees fit, deliberate with a view to reaching a provisional opinion on the merits of the case.

Rule 49

1. The provisions of Rule 44, paragraph 1, shall apply to applications admitted by the Commission.

2. Nevertheless, no such application may be struck out of the list of cases without consultation of the High Contracting Party concerned.

Chapitre IV

De la procédure lorsque
la Commission retient une requête

Article 45

1. Lorsqu'elle a décidé de retenir une requête, la Commission fixe la procédure à suivre:

- a. pour l'examen de la requête, conformément à l'article 28, lettre a, de la Convention;
- b. en vue de parvenir à un règlement amiable de l'affaire, conformément à l'article 28, lettre b, de la Convention.

2. Dans l'accomplissement des tâches qui lui incombent aux termes de l'article 28, lettre a, de la Convention, la Commission peut inviter les parties à présenter des offres de preuve et observations complémentaires.

3. La Commission décide dans chaque cas si les observations seront présentées oralement au cours d'une audience ou par écrit.

4. Le Président fixe les délais dans lesquels les parties auront à présenter leurs offres de preuve et observations, pour autant que ces dernières seront formulées par écrit.

Article 46

1. La Commission désigne un ou plusieurs rapporteurs parmi ses membres.

2. Le rapporteur peut, en tout état de l'examen d'une requête présentée en vertu de l'article 25 de la Convention, inviter les parties à présenter par écrit des offres de preuve et observations complémentaires.

3. Le rapporteur rédige:

- a. tout mémorandum nécessaire à la Commission pour l'examen de l'affaire;
- b. un projet de rapport, tel qu'il est prévu aux articles 50, 53 ou 54 du présent Règlement, selon le cas.

Article 47

La Commission délibère, lorsqu'elle le juge opportun, afin de dégager en son sein une opinion provisoire sur le fond de l'affaire.

Article 49

1. Les dispositions de l'article 44, paragraphe 1, du présent Règlement sont applicables aux requêtes retenues par la Commission.

2. Toutefois, une telle requête ne peut être rayée du rôle qu'après consultation de la Haute Partie Contractante intéressée.

Kapitel IV

Verfahren nach Zulassung
einer Beschwerde

Artikel 45

(1) Nach der Entscheidung, die Beschwerde zuzulassen, bestimmt die Kommission das weitere Verfahren

- a) für die Prüfung der Beschwerde nach Artikel 28 Buchstabe a der Konvention;
- b) im Hinblick auf die Erzielung eines freundschaftlichen Ausgleichs nach Artikel 28 Buchstabe b der Konvention.

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe nach Artikel 28 Buchstabe a der Konvention kann die Kommission die Parteien auffordern, weitere Beweismittel anzubieten und weitere Stellungnahmen abzugeben.

(3) Die Kommission entscheidet in jedem Falle, ob Stellungnahmen schriftlich oder in einer mündlichen Verhandlung abgegeben werden sollen.

(4) Der Präsident setzt die Fristen fest, innerhalb derer die Parteien Beweismittel anbieten und schriftliche Stellungnahmen abgeben können.

Artikel 46

(1) Die Kommission bestellt eines oder mehrere ihrer Mitglieder zum Berichterstatter.

(2) Der Berichterstatter kann in jedem Stadium der Prüfung einer nach Artikel 25 der Konvention eingelegten Beschwerde die Parteien auffordern, schriftlich weitere Beweismittel anzubieten und ergänzende Stellungnahmen abzugeben.

(3) Der Berichterstatter verfaßt

- a) jede Aufzeichnung, die für die Prüfung der Sache durch die Kommission für erforderlich gehalten wird;
- b) einen Entwurf des in Artikel 50, 53 oder 54 jeweils vorgesehenen Berichts.

Artikel 47

Die Kommission kann, wenn sie dies für angebracht hält, beraten, um sich in der Sache eine vorläufige Meinung zu bilden.

Artikel 49

(1) Die Bestimmungen des Artikels 44 Absatz 1 sind auf die von der Kommission zugelassenen Beschwerden anzuwenden.

(2) Eine solche Beschwerde kann jedoch nur nach Anhörung des betroffenen Hohen Vertragschließenden Teiles im Register gestrichen werden.

Rule 51

When the Commission has found that no friendly settlement in accordance with Article 28 b of the Convention can be reached, it shall consider a draft Report drawn up by the Rapporteur under Rule 46, paragraph 3 b, on the basis of any provisional opinion reached by the Commission in its deliberations under Rule 47. Where the Commission has been divided in its provisional opinion, the draft Report shall include alternative opinions.

Rule 52

1. When the Commission considers the draft Report referred to in Rules 46, paragraph 3 b, and 51, it shall adopt in the first place the parts of the Report in which it establishes the facts and sets out the submissions of the parties.

2. It shall then deliberate and vote on whether the facts found disclose any violation by the State concerned of its obligations under the Convention.

3. In the absence of a special decision by the Commission, only those members who have participated in the deliberations and vote provided for in the second paragraph of this Rule shall be entitled to express their separate opinion in the Report.

Article 51

Lorsque la Commission constate qu'elle n'est pas parvenue à un règlement amiable, au sens de l'article 28, lettre b, de la Convention, elle met en délibération un projet de rapport préparé par le rapporteur conformément à l'article 46, paragraphe 3, lettre b, du présent Règlement suivant l'opinion provisoire résultant de la délibération prévue à l'article 47 du présent Règlement. Lorsqu'à l'issue de cette délibération, la Commission s'est trouvée divisée, le projet de rapport reflète les diverses opinions.

Article 52

1. Lorsqu'elle délibère sur le projet de rapport visé aux articles 46, paragraphe 3, lettre b, et 51 du présent Règlement, la Commission adopte en premier lieu la partie de ce rapport dans laquelle elle constate les faits et celle dans laquelle elle rend compte de l'argumentation des parties.

2. Elle délibère ensuite et vote sur le point de savoir si les faits constatés révèlent, de la part de l'Etat intéressé, une violation des obligations qui lui incombent aux termes de la Convention.

3. Sauf décision spéciale de la Commission, seuls peuvent exprimer une opinion séparée dans le rapport les membres qui ont participé à la délibération et au vote prévus au paragraphe précédent.

Artikel 51

Stellt die Kommission fest, daß ein freundschaftlicher Ausgleich im Sinne des Artikels 28 Buchstabe b der Konvention nicht zu erreichen ist, so berät sie einen vom Berichterstatter nach Artikel 46 Absatz 3 Buchstabe b dieser Verfahrensordnung angefertigten Berichtsentwurf, der auf der vorläufigen Meinung der Kommission auf Grund ihrer Beratung nach Artikel 47 beruht. Soweit die Kommission bei ihrer vorläufigen Meinungsbildung geteilter Auffassung gewesen ist, gibt der Berichtsentwurf die verschiedenen Auffassungen wieder.

Artikel 52

(1) Bei Beratung des in Artikel 46 Absatz 3 Buchstabe b und in Artikel 51 vorgesehenen Berichtsentwurfs nimmt die Kommission zuerst den Teil des Berichts an, in dem sie den Sachverhalt feststellt und das Vorbringen der Parteien wiedergibt.

(2) Danach berät die Kommission und stimmt darüber ab, ob sich aus den festgestellten Tatsachen ergibt, daß der betroffene Staat die ihm nach der Konvention obliegenden Verpflichtungen verletzt hat.

(3) Vorbehaltlich einer besonderen Entscheidung der Kommission sind nur diejenigen Mitglieder, die an der in Absatz 2 vorgesehenen Beratung und Abstimmung teilgenommen haben, berechtigt, ihre abweichende Meinung im Bericht zum Ausdruck zu bringen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und
des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 24. März 1978

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) wird nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für die Dominikanische Republik am 4. April 1978 in Kraft treten.

Die Dominikanische Republik hat nach Artikel 1 Abschnitt B Abs. 1 des Abkommens erklärt, daß die in Artikel 1 Abschnitt A Abs. 2 des Abkommens enthaltenen Worte

(Übersetzung)

"events occurring before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind“

in bezug auf die Dominikanische Republik in dem Sinne verstanden werden, daß es sich um

(Übersetzung)

"events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind“

handelt.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 3 für die Dominikanische Republik am 4. Januar 1978 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Oktober 1977 (BGBl. II S. 1168).

Bonn, den 24. März 1978

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Verbeek

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 43,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,70 DM (2,20 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,10 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger-Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1977 — Format DIN A 4 —

Die Neuauflage 1977 weist in Verbindung mit der Auflage 1975 folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
- b) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und Teil II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,

soweit sie noch gültig sind.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1977 — Format DIN A 4 —

Der Fundstellennachweis B

enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. Einzelstücke der Fundstellennachweise A und B können zum Preise von je 22,50 DM zuzüglich 2,— DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist die MwSt. enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.